

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. -- Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 17

Sonntag, den 27. April

1913

## Zur Maifeier.

Als Symbol der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter soll die Maifeier ihren Eindruck auf die bürgerliche Gesellschaft, auf die ganze Welt von Jahr zu Jahr verstärken. Herbei alle, die in der Fron für den Kapitalismus jahraus jahrein ihre beste Kraft für ein Almosen hergeben; herbei alle, die der Erleichterung der arbeitenden Klassen aus dem Zustande menschlicher Herabwürdigung und Unterdrückung zustreben! Der 1. Mai soll alle vereinen zu brüderlichem Gelübde, zur Bekundung des eisernen Willens, die Befreiung der Arbeit von kapitalistischer Ausbeutung auf der ganzen Erde zu erkämpfen.

Ein unbeschreibliches Sehnen drängte die organisierten Arbeiter längst nach gemeinsamen Kundgebungen auf dem ganzen Erdball für die hehren Ideen sozialdemokratischer Gesinnung. Bekenntnisfreudig wollten sie die Kampfstandarte für ihre Ziele höherheben.

Da schuf der internationale Sozialistenkongress im Jahre 1889 — tagend zur hundertjährigen Jubelfeier der großen Revolution in Paris — die Maifeier! Mit Jubel begrüßten die Delegierten jenes Kongresses den Beschluß, jährlich am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und durch Massendemonstrationen für eine sofortige Sozialreform, vor allem für die Einführung des Achtstundentages, die Gesetzgebungen aller Reiche aufzurufen. Der Jubel über die Einigung auf jene Forderung fand mächtigen Widerhall bei den selbstbewußten Arbeitern der ganzen Welt.

In Deutschland, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft das schandbare Sozialistengesetz in bewundernswertem Muth und opfermutigem Kampfe schon Jahre vor seinem Fall überwinden hatte, wirkte die Kampfpforte für den Achtstundentag begeistert. Die sozialdemokratische Propaganda nahm einen großartigen Aufschwung. Den bürgerlichen Parteien wuchs diese Begeisterung über den Kopf; sie fühlten die Ohnmacht der sozialistengesetzlichen Vergewaltigung der Sozialdemokratie. Furcht packte die herrschenden Klassen vor der erfolgreichen Agitation in den Arbeitermassen.

Um den Zustrom der Arbeiter zur Sozialdemokratie abzuwenden, suchte sich der jetzige Kaiser, Wilhelm der Zweite, veranlaßt, im Februar 1890 seine bekannten Erlasse zu veröffentlichen, die eine sozialreformerische Aenderung der Gemeinverfassung vorsahen und sogar eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit Erwachsener als erstrebenswert hinstellten. Diese letzte Verheißung ist bis heutigentags noch nicht erfüllt. Darum gilt für die Maifeier noch immer die Forderung des Achtstundentages.

Doch höher scholl die Bewegung für die Ziele des Proletariats. Mit ihr wuchs die Besorgnis der Herrschenden, sie zu bannen. Sie rüsteten die Macht des Militarismus ins Unermessliche, um die Bewegung letzten Endes zu bezwingen. Die Söhne des Proletariats werden gedrückt, das Proletariat selbst niederzuhalten. Neben der Verheißung der Völker ist die Unterdrückung des eigenen Volkes der Zweck eines verbrecherischen politischen Spieles der herrschenden Klassen.

Mit Grauen beobachtet gegenwärtig die Welt die Folgen dieser Politik im Orient. Inneres Bangen erschüttert selbst die kapitalistischen Kreise. Die Furcht vor einem Weltkrieg ist epidemisch geworden. Politischer Wahnsinn treibt zu ungeheuerlichen, die materielle Kraft der Völker erschöpfenden Rüstungen. Der Militarismus frisst ebenso am Markte des Volkes wie die kapitalistische Ausbeutung, zu deren Schutz er bestimmt ist. Und das arbeitende Volk muß dazu seine Söhne liefern sowie die Kosten für dieses bössartige System tragen.

Gegen dieses Verbrechen ist die Maifeier ein flamender, zorniger Protest.

Protest gegen die Rüstungen!

Protest gegen den Krieg!

Protest gegen die Vernichtung von Völkern!

Protest gegen die Politik der Herrschenden!

Fest geschlossen, wie ein Wall, muß die Arbeiterschaft gegen die Flutwelle verbrecherischen Wahnsinns stehen. Bis ins tiefste Innere der mißbrauchten Massen muß die Aufklärung dringen und der Vorhut wie dem Verdrossenen die Waffe aus der Hand schlagen. Eine Grenze hat die Macht der Herrschenden — das ist das Verständnis aller Arbeiter für die Ungeheuerlichkeit des Systems ihrer Ausbeutung und Unterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Erkenntnis der Grundlagen der Herrschaft der bestehenden Klassen ist allein imstande, dieser Herrschaft das Ende zu bereiten. Darum nützt die Maifeier einer weltumspannenden Propaganda für die zu fördernde Erkenntnis der tiefstarrigen Zustände in der menschlichen Gesellschaft der Gegenwart.

Unser Vorschlag ist eine Mahnung an die herrschenden

Klassen, den erfüllbaren Forderungen des arbeitenden Volkes Gehör zu geben. Die Erleichterung der Lage und der Lasten der Arbeiter ist die erste Bedingung hierzu. Jede Versäumnis der maßgebenden Faktoren gegenüber dieser Forderung muß die Klassenkämpfe im Innern der Reiche verschärfen.

Unser Protest ist eine Warnung, die übergroße Mehrheit des Volkes, die arbeitenden Klassen, nicht zur Verzweiflung zu treiben. Es liegt im Wesen der Sozialdemokratie, die Entwicklung der Völker und ihrer Einrichtungen in heilsame Bahnen zu leiten. Ihre Aufklärung ist auf schnelle, doch nicht überstürzte Aenderung aller Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft zum Besseren gerichtet. Reaktionäre Bestrebungen nötigen sie zu äußerster Kraftentfaltung für die Erringung menschenwürdiger, freier Zustände.

Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Person ist hierfür Grundbedingung, deren Abweisung die politischen Kämpfe allerwärts schürt und die inneren Zustände der Staaten noch mehr zerrüttet. Der friedliche Charakter der Maifeier ist Beweis und Bürgschaft zugleich für die Selbstbeherrschung der klassenbewußten Arbeiter, wie für ihre verständnisvolle Wahrnehmung aller staatsbürgerlichen Rechte.

Eine Erhebung von starker, bildender Kraft wird die Maifeier für die Befreiung der Völker aus kapitalistischen Fesseln zu einem Kulturfaktor von größter Bedeutung. Erkennen die Arbeiter den Wert der Maifeier, dann werden sie den 1. Mai zu einem Weltfeiertag erheben, der noch ferneren Generationen ein Festtag von großer historischer Bedeutung sein wird.

Arbeiter! Freunde! Genossen und Genossinnen! Herbei zu unserem Festtag! Hoch der 1. Mai!

## Der belgische Generalstreik.

Der organisierte Kampf der klassenbewußten Arbeiter hat eine seit Jahren erstrebte Etappe erreicht. Nur sehr bedingt fand der Generalstreik bisher Zustimmung in der Arbeiterschaft. Allerdings wurde der Vorschlag eines Generalstreiks aus verschiedensten Gründen und unter allerhand unklaren Vorstellungen oft gemacht, bis endlich eine Formel gefunden war, unter der er als Kampfmittel dem Arsenal der kämpfenden Arbeiter zugebracht wurde.

Die belgischen Arbeiter sind nun in die Lage gekommen, dieses wichtige Kampfmittel zu erproben für den politischen Kampf. Die Zusammenhänge dieses Kampfes liegen klar. Es steht der nach Gleichberechtigung strebenden Arbeiterschaft kein schärferes Machtmittel zur Beseitigung ihrer politischen Entrechtung zu Gebote. Durch ein ungleiches, ungerechtes Wahlrecht verleiht sich die Minorität des Volkes, die herrschende Klasse, die Mehrheit, also die Uebermacht in der Gesetzgebung und nutzt dieses ergaunerte Machtmittel zur Fortsetzung ihrer Herrschaft aus. Sie, die durch die Ausbeutung der Arbeiter sich die wirtschaftliche, kapitalistische Uebermacht verschafft, sät durch Entrechtung der Arbeiter zur ökonomischen Uebermacht noch die politische und herrscht darnach unumgänglich. In der Gesetzgebung gestaltet sie nämlich alle Gesetze im Sinne ihrer Herrschaft und fordert dann unter falscher Berufung auf die Rechtsfähigkeit solcher Gesetzgebung die Respektierung der Gesetze.

Dieser Zusammenhang der ökonomischen und politischen Uebermacht der bestehenden Klassen ist den klassenbewußten Arbeitern immer klarer geworden. Nun erstreben sie die Beseitigung ihrer politischen Entrechtung und verlangen ein gleiches Wahlrecht, damit sie vermittelt dessen einen ihrer Macht, die in ihrer Zahl liegt, entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen und so ein Recht schaffen helfen können, das dem ausgesprochenen Unrecht der schier unbeschränkten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ein Ende bereiten soll.

Das ist der Kernpunkt der stillen oder sagen wir unblutigen Revolution, die sich mit dem Generalstreik in Belgien vollzieht. Es kommen für die gemeinsam kämpfenden Parteien der Sozialdemokraten und Liberalen außerdem politische Motive in Betracht, die aber für die Sozialdemokraten nur aus den oben entwickelten Gesichtspunkten, die die Grundlage des Generalstreiks bilden, in Betracht kommen. Ist das reaktionäre Militärelement gestürzt, soll in einer gesunden Fortentwicklung das Endziel, die Beseitigung aller Ausbeutung zwischen Menschen, erstrebt werden.

Der Beginn des Generalstreiks am 14. April war vielversprechend. Es zeigte sich, daß die gewissenhafte und energische Vorbereitung eines solchen Kampfes die Unsicherheit des Gelingens in sich birgt. Vor allem mußte einem gewaltigen Einschreiten der herrschenden Klassen entgegengetreten werden. Die Arbeiter sind nun imstande, die

werden. Das ist den Organisatoren des Generalstreiks bis zu dem Augenblick, wo wir dies schreiben, geglückt. Bemerkenswert hat sich die Disziplin der Arbeiter erprobt. Die Propaganda auf gesetzlichem Wege erzielte mit jedem Tage größere Erfolge — denn die Teilnehmerzahl am Streik stieg, die Produktion von Waren ist für einzelne Produktionszweige fast völlig zum Stillstand gekommen.

Das ist der nächste Zweck des Generalstreiks, der die Unentbehrlichkeit der Arbeitskraft der Arbeiter dokumentieren soll. Ohne diese Arbeitskraft ginge die menschliche Gesellschaft zugrunde. Aus ihr fließt der gesamte gesellschaftliche Reichtum, denn erst durch sie können die Schätze der Natur für die Menschheit verwertbar gemacht werden. Wird das durch den Generalstreik den arbeitenden Klassen zu tieferer Erkenntnis gebracht, werden sie sich auch der Macht, die ihnen innewohnt, besser bewußt. Künftigen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital wird dadurch der ersteren eine größere Kraft und Bedeutung verliehen.

Darum findet der Kampf der belgischen Arbeiter die uneingeschränkte Sympathie der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt. Uebertriebene Hoffnungen hat dieser Kampf nicht erweckt. Ob er bezüglich seines ausgesprochenen Zieles: das allgemeine gleiche Wahlrecht für das Parlament — vollen Erfolg haben wird, ist nicht vorauszusagen, aber wir wünschen es. Doch, auch wenn dieses Ziel nicht sofort erreicht würde, wird von der gewonnenen Etappe aus das Ziel fernerhin erstrebt werden. Es gibt kein Zurück, nur ein Vorwärts.

Alle Erfahrungen dieses Kampfes werden für die Arbeiter anderer Staaten von unschätzbarem Werte sein. Mögen die belgischen Verhältnisse politisch anders gestaltet sein, als in anderen Staaten, die Grundlage aller modernen Staaten ist doch die kapitalistische Wirtschaft. Und überall herrschen die Ausbeuter der kapitalistischen Produktion das gleiche Bestreben der Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer Herrschaft. Um diese Herrschaft dreht sich der Kampf, in dem der belgische Generalstreik ein bedeutungsvolles Moment bildet. Möge er einen glücklichen, erfolgreichen Ausgang haben!

Die letzten Nachrichten aus Belgien sprechen alle von einer Vermehrung der Streikenden. Auch die städtischen Arbeiter beginnen, besonders in Brüssel, sich dem Streik anzuschließen. Nach einer Veröffentlichung des Zentralkomitees, die am letzten Sonnabend erfolgte, streiken 80,3 Prozent der Bergarbeiter, 47 Prozent der Metallarbeiter, 72 Prozent der Arbeiter in der Eisenindustrie, 90 Prozent in der Glasindustrie und 85 Prozent der Textilindustrie. Wenn sich hier und da eine Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit zeigt, so hat das nichts zu bedeuten, da sich größere Scharen dem Streik anschließen. Zurzeit dürfte die Zahl der Streikenden etwa 400 000 betragen. Die Wirkung des Streiks macht sich täglich mehr bemerkbar. Der Güterverkehr und die Zahl der Reisenden auf den belgischen Bahnen hat um 60 Prozent abgenommen. Der durch die Fortdauer des Streiks entstehende wirtschaftliche Schaden wird auf täglich 5 Millionen Francs geschätzt. Die Situation wird natürlich von Tag zu Tag enger. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien machen bis jetzt keine Miene, der Forderung des Volkes auf Erweiterung seiner politischen Rechte nachzugeben. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Angesichts der Vertagung der Kammer sei eine Ausdehnung des Streiks und dessen ruhiger Charakter notwendiger als je. 400 000 Streikende verdienen Glückwünsche und Dank. Friedliche Unbeweglichkeit sichert Macht und Sieg. Hoch der Generalstreik!“

Am 19. April fand ein Kabinettsrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten statt. Man wollte über einen Vermittlungsvorschlag des liberalen Abgeordneten Masson befinden. Eine ganze Anzahl der anwesenden Minister war jedoch der Ansicht, daß die Rechte nicht gegen diesen Antrag stimmen könne, ohne sich im Lande die Popularität weiter Kreise zu verschärfen. Was daraus werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Am vergangenen Sonntag haben im ganzen Lande Versammlungen und Demonstrationen stattgefunden, die besonders in den Großstädten und Industriezentren ins riesenhafte gingen. Allein in Lüttich nahmen 20 000 Personen teil. Die Streikenden bewahren, wie sie im Interesse des guten Gelingens es sich gelobt haben, überall die Ruhe. Hier und da sind zwar einige Ruhestörungen vorgekommen, die aber keineswegs für einen etwa beabsichtigten gewaltigen Charakter der Bewegung zeugen. Die Zentrale wie die örtlichen Leitungen bemühen sich, Ruhe und Ordnung zu erhalten. Der Beamten der Metallarbeiter in Seraing ist verhaftet worden, weshalb wird nicht gemeldet. Mit solchen Maßregeln wird die Polizei nur die Ruhe wahren.

Werden Regierung und Bürgertum, soweit es liberal-reaktionär ist, dem unwiderstehlichen Verlangen des Volkes nach Erweiterung seiner Rechte Rechnung tragen, auf das ihre Herrlichkeit nicht von den Wogen des Kampfes verschlungen wird?

## Reichstagsbrief.

Große Angelegenheiten standen vorige Woche im Reichstage zur Beratung, aber sie fanden bei den im Niedergang befindlichen bürgerlichen Parteien nur dürftiges Interesse. Wider war es die Opposition der Sozialdemokratie, die eingehend und kritisch die Situation würdigte.

Zunächst griffen die Genossen Bernstein und Ledebour sachkundig in die Debatte über das Auswärtige Amt ein. Die Unzulänglichkeit und Unbeholfenheit der auswärtigen Politik könnte nicht besser illustriert werden, als durch die Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs v. Jagow. Bestigt der Herr auch keine Redegabe, so müßte er doch wenigstens in seinen Aufzeichnungen eine tiefere Auffassung der auswärtigen Verhältnisse verraten oder auf gestellte Fragen eine gewandtere Antwort geben können, als er bisher getan. Freilich betrachtet die Regierung die auswärtige Politik als ein Nahrungsmittel für die Parlamentarierpartei und erachtet sie nur ihrer Erweislichkeit empfohlen und durch sie behandelungswürdig. Aber pfiffige Geschäftsleute sind ihr darin über und die Sozialdemokratie noch viel mehr.

Genosse Bernstein zergliederte die soziale und politische Mißwirtschaft im Orient und warf der Regierung vor, ihren Einfluß niemals zur Beseitigung dieser Mißwirtschaft, die zu Unruhen führte und Krieg im Gefolge haben mußte, geltend gemacht zu haben.

Ledebour wollte dann großzügig das Völkerproblem im Orient auf und wies nach, wie das falsche System der Regierungspolitik die zarischen Zettelungen und Anmaßungen ermöglicht, statt auf eine Verständigung der Kulturnationen des europäischen Westens hinzuwirken. Diese gründlichen Auseinandersetzungen fanden wohl das Gehör des Hauses, aber keinen Widerhall in den bürgerlichen Parteien, und die amtliche Unbeholfenheit auf den Regierungsbänken schwieg. Sie konnte keine Auskunft geben, wie sie sich zur Zurechtweisung des Raubfürsten von Montenegro stelle, der den Balkankrieg noch weiter hinzuschleppen droht. Die hilflose Lächerlichkeit, die die europäische amtliche geachtete Diplomatie bei Ausbruch des Balkankrieges zeigte, fand in der Haltung der deutschen Diplomatie im Reichstag ihre beste Kennzeichnung.

Die bürgerlichen Parteien befaßten sich wesentlich mit der Frage, wie das Auswärtige Amt besser zu besetzen sei und wandten sich gegen das Privileg des Adels, der allein bisher für die Besetzung der wichtigsten Ämter in Betracht kommt, ohne die nötige Qualifikation dazu zu besitzen. Natürlich unterstützte die Sozialdemokratie das Verlangen nach einer Aenderung dieser überkommenen Gepflogenheiten, die eben den Niedergang der Diplomatie in Deutschland zur Folge haben müssen.

Dann kam der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei an die Reihe. Den Reigen der Redner eröffnete Genosse Dr. Gradnauer. Er geisterte, daß in Deutschland der Zustand des halben Absolutismus und des Bureautrismus erhalten werde. Die reaktionäre Politik, die der Reichskanzler treibt, führe diesen Zustand weiter fort. Sie zeige sich in kleinlichster Weise bei dem neuen Wahlurnengesetz, daß nur schlichteren die Mißstände bei den Wahlen freist. Dreister ist sie in der Abweisung der Forderungen der Arbeiter, deren Koalitionsrecht nicht gesichert, sondern mehr untergraben wird. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird von den Behörden fortwährend beschränkt. Eine Schande sei die Ausweisung und Behandlung des französischen Deputierten Comperes-Morel, der über die Verständigung der deutschen und französischen Nation in Magdeburg und Braunschweig öffentlich sprechen wollte.

Und die Sozialpolitik der Regierung sei färglich und arbeiterfeindlich. Noch immer sei die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre zum Bezug der Rente nicht herabgesetzt; die Witwen- und Waisenbezüge seien täglich Almosen, der Wöchnerinnenschutz unzureichend. Noch eine Reihe weiterer Mißstände brachte Gradnauer zur Sprache, kam aber zu dem Schlusse, daß sie weiter bestehen würden, solange die Reichsregierung nichts sei, als eine Filiale der preussischen Regierung, in der die Junker herrschen.

Der Reichskanzler glaubte auf diese Angriffe nichts Besseres tun zu können, als die Sozialdemokratie — wie es heute noch Reichsverbändler tun — als eine Partei der Vaterlandslosigkeit und der Religionsverspottung hinzustellen. Für diese plumpe und veraltete Kampf-methode wird wahrscheinlich dem Kanzler bei der dritten Lesung des Etats eine Sektion zuteil werden, die ihm die Unzulänglichkeit seiner Auffassung für einen Leiter des Reiches klar macht, obwohl Genosse Hüttmann ihm schon eine unverblühte Antwort erteilte mit dem Hinweis auf die letzten Reichstagswahlen, die eine Verurteilung der Politik des Kanzlers bedeuteten.

Bei der Abstimmung über die sozialdemokratische Resolution, die das Proportionalwahlgesetz und Neueinteilung der Wahlkreise verlangt, stimmten 140 Abgeordnete dagegen, 139 dafür.

Bei der zweiten Lesung des Militäretats, die dann folgte, kamen zunächst die Militärmißhandlungen in ausgiebigem Maße zur Sprache. Dabei wurde von unsern Rednern Schöpflin und Kunert, scharf Front gemacht gegen das System der Soldatenbehandlung, das die Mißhandlungen verschulde.

Außerdem wurde dem Kriegsminister der militärische Terrorismus zu Gemüte geführt, der durch den Militärhott verübt wird. Ferner wurde eine Reihe weiterer Mißstände, die der Militarismus mit sich bringt, aufgedeckt und Abhilfe verlangt.

Der Kriegsminister v. Doeringon deckte jedoch die gerügten Zustände mit unsagbar seichten Redensarten, die im Unteroffizierten dem Reichstag appliziert wurden. In einem Falle ging ihm jedoch der Atem aus. Genosse Liebknecht machte dem Reichstage unter spannendster Aufmerksamkeit Enthüllungen über das reichs-schädliche Treiben der Waffenfabrikanten, speziell der Firma Krupp in Essen, die aus Gründen des Profits eine schimpfliche und verräterische Spionage in Reichsämtern treiben ließ, um daraus pekuniäre Vorteile zu erlangen. Ähnliche Manipulationen trieb die mit zum Teil französischen Kapital arbeitende Waffen- und Munitionsfabrik in Billingen.

Von den Rüstungslieferanten wurde die Rüstungstreiber zum Zwecke eigener Bereicherung systematisch gefördert. Das muß die Gefahr der Krüge erhöhen. Liebknecht geisterte dieses schandbare Verfahren und stellte besonders die Handlungen der Firma Krupp verdienstermaßen an den Pranger. Unwiderlegliche Beweise, für die Liebknecht obendrein die Belege dem Kriegsminister loyal zur Verfügung gestellt hatte, bestätigten die unsauberen und strafbaren Geschäfte der Kruppischen Spionage.

Wohl wagte der Kriegsminister keine Entschuldigung für die Firma Krupp, denn er hat die Angelegenheit den Gerichten zur Untersuchung usw. übergeben müssen, aber er erlaubte sich doch, den Leistungen der Firma Krupp ein Loblied zu singen, das die Angriffe Liebknechts abschwächen sollten.

Das war selbst den bürgerlichen Parteien zu stark, zumal die Ingelegenheit nicht hinwegdisputiert werden konnte und zu skandalös ist. Sie ließen durch ihre Redner die Mißbilligung des Kruppischen Verfahrens ausdrücken, nur der Fortschrittler Brabant wagte es, so etwas wie eine Entschuldigung der Firma zu unternehmen und die Schuld auf Unterbeamte, die bei der Spionage direkt beteiligt sind, abzuwälzen, wie es der Kriegsminister auch versucht hatte, aber dafür eine Absuhr im Reichstage durch Genossen Liebknecht erhielt, wie auch ein bedeutender Teil der bürgerlichen Presse dagegen auftrat.

Die Angelegenheit ist nicht erledigt, der Abg. Spahn verlangte vom Kriegsminister eingehende Informationen über das gerichtliche Verfahren. Die Schnelligkeit des Kriegsministers erhielt damit einen verdienten Schlag.

Bis zum 30. April soll die 8. Lesung des Etats erledigt werden.

## Rundschau.

Schutzoll und Arbeitslohn. Agrarier und Kartellisten behaupten, daß auch die Arbeiter ein Interesse an hohen Schutzöllen hätten. Denn der Zoll erlaube es der Landwirtschaft und der Industrie, höhere Löhne zu bezahlen und günstigere Arbeitsbedingungen zu gewähren. Der Kampf um den Zolltarif in den Vereinigten Staaten von Amerika hat nun den Anlaß zu einigen Untersuchungen gegeben, die, auf amtliche Erhebungen gestützt, sehr deutlich zeigen, wie wenig von diesem Argument der Schutzzöllner zu halten ist. Man hat ermittelt, erstens, um wieviel die Waren durch die Zölle verteuert wurden, und zweitens, welcher Teil des Warenpreises auf den Arbeitslohn entfällt. So erhielt man die folgenden Ergebnisse:

Erzeugnisse	Arbeitskosten	Zoll
der Industrie	Proz.	Proz.
Frauenkleidung	20,41	30—138
Männerkleidung	18,75	40—70
Baumwollwaren	21,14	53,41
Wolle	16,61	90,2
Kupfer und Zinn	19,81	25,6—45
Eisen und Stahl	13,92	38,59

Bei diesen Waren beträgt also die Vertenerung durch den Zoll viel mehr als der Aufwand an Arbeitslohn bei ihrer Herstellung! Damit ist erwiesen, daß der hohe Zoll, nicht der hohe Lohn die Teuerung verschuldet. Damit ist weiter dargetan, daß die Kapitalisten den Arbeitern an Löhnen überhaupt weniger auszahlen, als sie dank dem Zoll profitieren. Die Behauptung, daß der Mehrgewinn, den der Zoll ermöglicht, zur Erhöhung der Arbeitslöhne verwendet werde, wird dadurch widerlegt. Gestützt wird dieses Ergebnis durch den Vergleich amerikanischer und englischer Löhne. So beträgt z. B. in der Baumwollindustrie von Rhode Island, die durch hohe Zölle geschützt ist, der durchschnittliche Wochenlohn 7 bis 8 Dollar, dagegen in der britischen Baumwollindustrie, die keine Schutz-zollmauer umgibt, 7,79 bis 8,48 Dollar. Dabei beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit der Baumwollarbeiter in England 55,5, in Amerika 60 bis 66 Stunden in der Woche! Man wird also sehr vorsichtig prüfen müssen, ehe man sich von den Unternehmern einreden läßt, daß Zölle auch den Arbeitern frommen!

Das Reichsgericht und der Streibbrecherjüng. Für das Drohen mit dem Finger unter Verweigerung der Worte: „dann, dann“ — sechs Wochen Gefängnis.

Das Reichsgericht hatte ein freisprechendes Urteil gegen den Bergmann Trög aufgehoben. Daraufhin hat das Landgericht Bochum am 23. November 1912 den Bergmann Johann Trög in Semborn wegen verführerischer Tätigkeit und Beleidigung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Das Urteil führte aus: Der Angeklagte hatte sich sofort nach Ausbruch des Streiks am 11. März 1912 diesem angeschlossen. Der in demselben Hause wohnende Bergmann N. dagegen arbeitete weiter. Als der Angeklagte die Ehefrau des N. traf, sagte er: „Was, Ihr Mann will Streibbrecher sein? Der Teufel soll ihn holen! Wir müssen zusammenhalten, damit wir unsere Lage verbessern. Sagen Sie nur Ihrem Mann: Wenn er morgen wieder zur Arbeit gehen sollte, dann, dann...“ Dabei drohte er mit dem Finger. Die Frau hat ihren Mann aus Angst,

daß ihm etwas angetan werden könnte, doch lieber zu Hause zu bleiben. N. ging aber am andern Morgen doch wieder zur Schicht und sagte, er werde erst am nächsten Tage zurückkommen, weil es heute zu gefährlich sei. An demselben Abend will Frau N. beobachtet haben, daß verschiedene Personen in der Nähe des Hauses sich aufhielten, anscheinend um heimkommenden „Streibbrechern“ einen Denksatz zu geben. In der Bezeichnung des Eheannes N. als Streibbrecher ist die Beleidigung erblickt worden, im den Worten: „dann... dann...“ in Verbindung mit der drohenden Bewegung des Fingers dagegen hat das Landgericht der Weisung des Reichsgerichts folgend, eine Drohung mit dem Vergehen der Körperverletzung erblickt, welche bezweckte, den N. zum Anschluß an den Streik zu nötigen. Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Ein aus lauter Grubenherren zusammengesetztes Gericht hätte den Bergmann Trög wahrscheinlich nicht so schwer bestraft, als es hier durch Berufsrichter geschehen ist. Deutschland hat wirklich die vollendetsten Rechtsgarantien — für die Unternehmer.

Der Gendarmeriewachmeister mit dem Mitgliederverzeichnis. Im November v. J. erhielt der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für den oberhessischen Bezirk Pflanz-Nybnil von mehreren Mitgliedern zugleich die Mitteilung, daß der Gendarmeriewachmeister Kapper aus Orzels im Besitz eines Mitgliederverzeichnis sei, mittels dessen er Mitglieder auffuche und sie auffordere, ihm die Mitgliedsbücher auszuhändigen. Der Bezirksleiter Danielsch schrieb an den Wachtmeister einen Brief, in dem er ihn ersuchte, diese Tätigkeit zu unterlassen, da sie ungesetzlich sei und nicht zu seiner Aufgabe gehöre. Weiter wurde in dem Brief die Vermutung ausgesprochen, daß der Wachtmeister das Mitgliederverzeichnis auch durch frühere Beschlagnahme von Verbandsunterlagen erhalten haben könne, wobei er sich das Mitgliederverzeichnis abgeschrieben haben müsse.

Durch diesen Brief fühlte sich der Herr Wachtmeister beleidigt und stellte Strafantrag. Das Landgericht zu Gießen gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt und verwies die Sache zur Verhandlung vor das Schöffengericht zu Nikolat. Im Termin wurde festgestellt, daß der Wachtmeister Mitglieder aufgesucht und auch zur Herausgabe der Mitgliedsbücher aufgefordert habe. Auch mußte er zugeben, daß er im Besitz eines Verzeichnisses der Mitglieder gewesen sei. Auf die Frage, woher er das Verzeichnis habe, verweigerte er zunächst die Aussage. Als der Vorsitzende meinte, das habe er doch wohl von seiner vorgesetzten Behörde, stimmte er zu.

Der Angeklagte wurde, weil er dem Herrn Wachtmeister den Vorwurf gemacht hatte, er handle ungesetzlich, zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Der Angeklagte sei ein gebildeter Mann und mußte darum wissen, daß der Vorwurf, der Wachtmeister habe ungesetzlich gehandelt, schwer beleidigend sei! Es könne ihm auch nicht der § 193 des Strafgesetzbuchs zuerkannt werden. — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Der Politikparagraf gegen die Arbeiterjugend. Vom Schöffengericht Teuchern war der Bergmann Walter Richter wegen angeblicher Übertretung des „liberalen“ Vereinsgesetzes zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er als Vorstand des angeblich politische Ziele verfolgenden Jugendvereins zu Trebnitz keine Sitzungen an die Polizei eingereicht und die Mitglieder unter 18 Jahren in dem Verein geduldet haben soll. Da dem Verurteilten von der Exzellenz eines Vereins, wie sich ihn der Amtsvorsteher gedacht hat, nicht das geringste bekannt war, legte er gegen das Urteil Berufung ein. Nach zweimaliger, umfangreicher Verhandlung mußte die Naumburger Berufungskammer auf Freisprechung erkennen, aber nicht, weil sie sich von der Haltlosigkeit der Anklage überzeugte, sondern weil die angeklagten Straftaten des Angeklagten inzwischen verjährt waren. Das Gericht würde, so hieß es in der Begründung, ohne diesen Umstand zu dem gleichen Ergebnis wie das Schöffengericht gekommen sein, denn von den als Zeugen vernommenen Jugendlichen sei, obwohl sie dem Worte „Verein“ so viel als möglich auswichen, immer von „eintretenden und austretenden“ Mitgliedern gesprochen worden.

Wieder eine verachtete Innungskassentasse. Der Kassensführer Lechtenberg von der Krankenkasse der meist aus Zentrumsleuten bestehenden Düsseldorf-Wirtinnung hat sich aus dem Staube gemacht. Nach vorläufiger Feststellung hat Lechtenberg etwa 6000 M. veruntreut. Die Kasserverhältnisse bieten ein trostloses Bild, rund 25 000 M. Schulden stehen 5000 M. Vermögen gegenüber. Die Beiträge sollen auf 6 Prozent erhöht, die Leistungen auf das Mindestmaß herabgesetzt werden; ob das den Bankrott aufhält, sieht dahin. In der letzten Vorstandssitzung beantragten die Gehilfenvertreter bei der Aufsichtsbehörde, die Auflösung der Kasse und die Überweisung der Mitglieder an die Ortskrankenkasse nachzusuchen. Nach dieser Sitzung verschwand der früher christlich organisierte Kassensführer, der noch beim letzten Streik der freisinnigen Kellner diesen Moral predigen wollte. — Trotz dieser Vorkommnisse in verschiedenen Innungskassentassen ist das Vertrauen der Aufsichtsbehörde zu diesen Gehilfen nicht erschüttert, und der Stadt von 400 000 Einwohnern wird demnächst auch noch eine Landkrankenkasse besichert.

Das Friedrichsfelder Strafkensurteil. Das Urteil der Mannheimer Strafkammer gegen mehrere Friedrichsfelder Arbeiter, die angeblich einen Hingegerichteten arg zugerichtet haben sollten, ist, wie wir auch berichtet haben, auf eingelegte Revision vom Reichsgericht aufgehoben worden. Am 16. April hatte sich dabei dieselbe Strafkammer erneut mit der Sache zu beschäftigen. Urteil: Ge wurden folgende Gefängnisstrafen ausgesprochen: Sattler: 3 Jahre 11 Monate (früheres Urteil: 5 Jahre 2 Monate), Weber: 3 Jahre 8 Monate (5 Jahre 2 Monate), Wehl: 4 Jahre (6 Jahre),

## Max Kiesel †

Es wird uns die traurige Kunde, daß am Sonntag, den 20. April, zu Berlin-Reinickendorf der ehemalige Gauleiter unseres Verbandes,

### Max Kiesel

verstorben ist. Auch unser Freund Kiesel hätte, seinem Alter nach, noch viele Jahre in unseren Reihen stehen können, nur 49 Jahre alt, hat ihn der Schmitter Tod hinweggemacht. Max Kiesel hat von seinen jungen Jahren an der Sache des Proletariats gedient, früh schloß er sich der Gewerkschaft und Partei an und hat es infolge seiner rastlosen Tätigkeit zu Ansehen und Ehre in der Arbeiterbewegung gebracht. In der Partei war er in mancher Körperschaft Groß-Berlins tätig, wie er auch längere Zeit die Reichstagskandidatur eines brandenburgischen Wahlkreises inne hatte. Für unsere Tabakarbeiter Sache hat er nun von uns Geschiedene mit besonderem Eifer gekämpft, und als eine Generalversammlung die Gaueinteilung beschloß, wurde Max Kiesel vom Vorstand als Gauleiter für den Gau Berlin eingesetzt. Er hat auf diesem schweren Posten treu und ehrlich seine Pflicht erfüllt. Aber die furchtbare Proletariatskrankheit kam über ihn und oft hat er seine Arbeit unter schwerer körperlicher Last trotzdem noch geleistet. Die Krankheit schritt fort und schließlich mußte er aufhören; noch war ihm die Hoffnung, wieder mitarbeiten zu können, nicht verschwunden. Ein echtes Mitarbeiterdasein ist nun beendet. Der Deutsche Tabak-Arbeiter-Verband, insbesondere die Mitglieder des Gaues Berlin, werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

## Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabak-Arbeiter in Holland!

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, Postfachamt Hamburg 11, Postfachkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

## Mehr Kraftentfaltung!

Die Vorbedingung zu gewerkschaftlichen Erfolgen ist selbstverständlich eine straffe Organisation. Die Straffheit und Spannungsfähigkeit der Organisation wird durch die in ihr herrschende Disziplin bedingt. Die große Zahl allein macht den Kohl nicht fett; wenn nichts dahinter ist wie man zu sagen pflegt, wird man sehr bald die Schwächen, nach denen doch die Feinde so gerne spähen, erkennen und der Feinde Hoffnung und Mut wird sich beleben. Auch der große Geldbeutel ist allein nicht imstande, Siege zu erfechten, obgleich er ja eigentlich noch mehr bedeutet, als die große Zahl. Immer ist es der eisernen Wille, ist es der unzerstörbare Zusammenhalt, der uns auf dem betretenen Wege vorwärts bringt. Wir sind samt und sonders im Verband, um unsere Existenzverhältnisse zu verbessern, und zwar so bald als möglich, zahlen also unsere Beiträge für einen ganz materiellen Zweck. Daß wir dafür auch eine Verzinsung wünschen, ist erklärlich. Unzweifelhaft erfolgt auch durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine sehr gute Verzinsung unserer Beiträge. Wir brauchen noch gar nicht damit zu rechnen, was wir als bare Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zurückhalten können. Trotzdem müssen wir jederzeit darauf bedacht sein, wie unsere eingezahlten Beiträge immer noch höhere Zinsverträge abwerfen können. Ein Kapital, das brach liegt, mit dem nicht gearbeitet wird, bringt nichts ein; je regamer der Kapitalist ist, um so eher darf er auf einen reicheren Erfolg hoffen. Auch in unseren Gewerkschaften liegt es so; je mehr wir für unsere Sache arbeiten, je regamer wir sind, eine um so größere Verzinsung unserer Beiträge in Form von Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dürfen wir erwarten. Es ist deshalb sehr wohl berechtigt, wenn die allzeit tätigen und pflichterfüllenden Kollegen und Kolleginnen den Nachlässigen und Trägern hin und wieder einen Rippenstoß verfehen und sie zur Mitarbeit anspornen.

Eine Mehrheit von Schlafmützen ist wohl in der Lage, einen Verband zurückzuhalten, selbst wenn in ihm ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Berufangehörigen organisiert ist. Es darf auch nicht vergessen werden, daß eine Gewerkschaft, ihre Arbeit und Bedeutung, eigentlich weiter reicht, als es oftmals scheint. So sehr sich auch die Nichtorganisierten zum Beitritt sträuben, so muß der Verband wohl oder übel ihre Interessen mit vertreten. Oft genug tritt das deutlich in die Erscheinung. Eine Gewerkschaft bildet nun einmal die Vertretung der ganzen Arbeiterschaft des Berufes. Das trifft auch für unsern Tabak-Arbeiter-Verband zu. Bekanntlich lassen sich auch die Unorganisierten unsere Erwerbungsarbeiten sehr gerne gefallen. Trotz oder gerade wegen dieser Tatsache sind wir der Meinung, daß um des Erfolges willen unsere Arbeit und Tätigkeit zu steigern ist, ja, daß sie gesteigert werden muß!

Es genügt nicht an dieser Stelle, in Versammlungen, auf Kongressen, selbst in den gesetzgebenden Körperschaften, die ungünstige Lage der Tabak-Arbeiter-Sache klagelohnd worden; uns allen ist bekannt, wie sich gerade in der letzten

Zeit die Existenzverhältnisse der Tabak-Arbeiter- und -arbeiterinnen verschlechtert haben. Das muß bei uns das Gefühl auslösen, unsere Kraft auf den einen Punkt: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zusammenzufassen. Alles was im Wege liegt, dieses Ziel zu erreichen, muß fortgeräumt werden. Wohl wissen wir, daß es schwere Hindernisse zu beseitigen gilt. Aber haben wir denn nicht im Laufe der Zeit gelernt, uns gewerkschaftlich mit aller Fähigkeit zu betätigen? Wir sollten meinen, daß all die Stürme, die uns in den letzten zehn Jahren umtobt haben, uns wahrhaftig weiterhart genug gemacht hätten. Freilich, die Tabak-Arbeiter sind manchmal mehr Philosophen als Kämpfer gewesen, und es mögen heute noch manche unter ihnen sein, die sich hinter dem Arbeitstisch bei kargem Lohn eine ideale Welt aufbauen, dabei aber die Gegenwart vergessen. Man braucht, wenn man für eine bessere Weltanschauung eintritt, dem Kampfe für die Gegenwart nicht interesselos gegenüberstehen. Es ist heute mehr als je nötig, gerade in unserem Beruf, die Flammezeichen des gewerkschaftlichen Kampfes lodern zu lassen.

Wir schrieben oben von der Straffheit und Spannkraft der gewerkschaftlichen Organisationen; jetzt möchten wir nun fragen: ist es nicht möglich, auch im Deutschen Tabak-Arbeiter-Verband die Spannkraft auf ein höheres Maß zu bringen? Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß unser Verband sich seiner Kämpfe und Erfolge zu schämen hat, doch wenn sich die Situation verschoben hat, wenn die Kräfte größer werden, müssen auch die Reize entsprechend geändert werden. In Organisationen, in denen die Kampflage für die Arbeiter weit günstiger ist als bei uns, ist man auf das Lebhafteste sofort geneigt, den veränderten Verhältnissen neue Formen und Kräfte entgegenzusetzen. Philosophisches Besinnen und Zaudern sind Dinge, die im gewerkschaftlichen Kampfe keine Rolle spielen dürfen, soll nicht den Arbeitern die ankündigende Flutwelle wirtschaftlicher Bedrückung über den Kopf zusammenschlagen. Nichts sollte uns abhalten, unser Verbandsschiff ständig so in Kurs zu halten, daß es Wind und Wetter trocken kann.

Es gibt etwas, das man Korpsgeist nennt. Korpsgeist ist im gewerkschaftlichen Kampfe unentbehrlich. Unsere Tabak-Arbeiter-Sache hat nicht gerade allzu viel davon. Gewiß, auch das hat seine Erklärung; aber mit den Erklärungen kann man nicht weit kommen, die Hauptsache ist immer, daß man dem Mangel, gleichviel welcher Art er auch ist, abzuwehren sucht. Es kann Zeiten geben, wo jedes Organisiertes Sinn notwendig auf das Ganze gerichtet sein muß. Eigentlich sollte man immer den Blick auf das Ganze bei jedem, dem es ernst ist mit der Arbeiterbewegung, voraussetzen; aber sobald ich sicher, es läßt sich eher mit einer kleinen Armee disziplinierter, ihre Kraft einsetzender Kämpfer eine Schlacht gewinnen, als mit einem großen Heer, in dem der Korpsgeist fehlt. Zu bedenken ist, daß es sich in unserm Verband, wie in allen Gewerkschaften, ja nicht nur um eine Schlacht, sondern um einen dauernden Krieg handelt, so daß erst recht begeisterte Kämpfer nötig sind. Tun wir unrecht, wenn wir angesichts der gegenwärtigen Situation im Tabakgewerbe unseren Mitgliedern, ja allen Tabak-Arbeitern und -arbeiterinnen zurufen, ihr ganzes Sinne und Denken, ihr ganzes Tun und Lassen zusammenzufassen für das eine große Ziel: unsern Berufsangehörigen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen? Wenn alles sich gegen uns konzentriert, sollen wir uns da gehen lassen? Man kann nicht sagen, gegen die Uebermacht des Kapitals und der ihr untergeordneten Gesetzgebung, wenn nicht jeder in unsern Reihen vorwärts will, wenn man die Organisation nicht als Vertretung in der Existenzfrage ansieht.

Eine größtmögliche Bedeutung unseres Verbandes durch hervorragende Kraftentfaltung, das ist es, was wir wünschen und erstreben, und mit uns jeder, der offenen Auges die Dinge in der Tabakindustrie überblickt. Spannkraft, Disziplin und Korpsgeist muß künftig in noch höherem Maße von unsern Mitgliedern gefordert werden als bisher.

## Die Volksversicherung.

### Der Verfall von Versicherungen.

Der Zweck einer Lebensversicherung war ursprünglich, den Hinterbliebenen für den Fall des Ablebens des Versicherten eine Summe zur Bestreitung der Begräbniskosten und ev. zur Begründung einer neuen Existenz zu hinterlassen. Diese reine Todesfallversicherung ist mit der Zeit immer mehr gegen die Todes- und Lebensfallversicherungen mit abgekürzter Prämienzahlung (10, 15, 20 Jahre usw.) zurückgetreten. Von den Versicherungsgeellschaften ist die letztere Art der Versicherung immer mehr forciert worden, weil bei ihr das zu tragende Risiko ein geringeres ist als bei der Todesfallversicherung. Dem Agenten gewährt die abgekürzte Versicherung die Möglichkeit, seine Provisionen zu erhöhen, und deshalb sucht er dem Publikum diese für dasselbe zweifellos nicht so günstige Versicherungsart, die bei den hohen Verwaltungskosten der Versicherungsgeellschaften in Wirklichkeit nichts weiter ist als eine sehr teure Zwangspartasse, als die bessere hinzustellen, indem er den Egoismus antastet und dem Versicherungsnehmer vorredet, er müsse doch leben, möglichst auch selbst noch etwas von seiner Lebensversicherung zu haben und nicht nur für lachende Erben zu sorgen. Die Gefahr des Eintritts von Zahlungsunfähigkeit des Versicherten ist nun zweifellos bei kurzen Versicherungsperioden nicht so erheblich wie bei der lebenslänglichen Todesfallversicherung; trotzdem nun die Zahl der Versicherungen mit abgekürzter Prämienzahlung enorm angewachsen ist, verfällt aber dennoch jährlich eine ungeheure Zahl von Versicherungen. Die Ursache für diese den Wert der Volksversicherung für die ärmeren Schichten der Bevölkerung völlig in Frage stellende Erscheinung liegt in den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften. Bis zum Jahre 1910 war eine gesetzliche Beschränkung über den Verfall von Versicherungen nicht vorhanden. Die Gesellschaften gestatteten anfänglich bei Nichtzahlung der Prämien eine Umwandlung einer Versicherung in eine

beitragsfreie nur dann, wenn dies seitens der Versicherten ausdrücklich und schriftlich beantragt wurde. Von diesem Rechte wurde begreiflicherweise nur in vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht. Der Verfall der Versicherungen war deshalb ein enormer und war für die Gesellschaften eine gute Gewinnquelle. In seinem Werte: Die Höhe der Volksversicherung "sagt Dr. Hans Kobl bräutiglich des Verfalls von Versicherungen bei der "Victoria".

Seit 1892 (März) betreibt die "Victoria" die Volksversicherung. Die Ende 1900 fertigte sie insgesamt aus: 3020 803 Policen über 604 058 456 M. Davon waren am 1. Januar 1901 noch in Kraft: 1 028 551 Policen über 319 562 528 M. Der Gesamtabgang betrug also: 1 892 252 Policen über 284 495 927 M. Dieser letzte Betrag zusammen aus dem normalen Abgang durch Tod, Auszahlung der Versicherungssumme und Umwandlung in prämiensfreie Policen in Höhe von 82 744 Policen über 23 868 505 M., das sind nur 2,08 Prozent aller beantragten Policen oder 3,04 Prozent der insgesamt beantragten Versicherungssumme. Da in denselben viele Todesfälle in die Statistik fielen, wurden tatsächlich nicht: 23 803 505 M., sondern nur 4 481 538 M. ausbezahlt, das sind 0,74 Prozent aller beantragten Versicherungssummen.

Andererseits erloschen durch Verfall und Nichtleistung der Policen: 1 329 508 Policen über 280 625 122 M., das sind 44,01 Prozent aller beantragten Policen oder 43,15 Prozent aller beantragten Versicherungssummen. Der anormale Abgang ist also 21mal so groß als der normale und letzterer fällt zu 1/3 in die Statistik. Im Durchschnitt stellt sich die Dauer einer Police der Volksversicherung infolge der hohen Verfallziffer nach Angaben von Fachleuten auf etwa vier bis fünf Jahre. Steht man hier von der Statistik von zwei bis drei Jahren ab, so verbleiben zwei bis drei Jahre, in denen der Wahrscheinlichkeitsberechnung nach die Zahlung der vollen Versicherungssumme bei Tod erfolgen würde. Die Wahrscheinlichkeit des Todes innerhalb dieser zwei bis drei Jahre stellt sich auf 2 bis 4 Prozent, gewiß eine recht minimale Differenz im Verhältnis zu den dafür gegebenen Opfern.

Infolge der allgemeinen Empörung gegen den unbegrenzten Verfall haben sich die Versicherungsgeellschaften genötigt, schon im Jahre 1898 in ihren Versicherungsbedingungen die Verfallzeit zu begrenzen. Seit 1910 ist endlich durch das Gesetz die Sache endgültig geregelt worden. Sind drei Jahre lang Prämien für eine Versicherung bezahlt, so muß jetzt die Umwandlung in eine prämiensfreie erfolgen, ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf. Trotz der gesetzlichen Beschränkung der Umwandlungsdauer der Verfall von Versicherungen ein sehr starker. Nach einer von uns nach den Geschäftsberichten der "Victoria" für die Jahre 1904 bis 1911 eingehend vorgenommenen Zusammenstellung sind bei dieser Gesellschaft in dieser Periode an Versicherungen erloschen:

durch Tod	209 686	Policen mit 41,4 Mill. M. Versicherungssumme
" Ablauf	1 081 078	" " 149,3 " " "
" Rückkauf	28 404	" " 9,5 " " "
" Verfall	614 953	" " 136,6 " " "
" Reduktion und Umwandlung		" 53,9 " " "

Zusammen 1 934 121 Policen mit 410,7 Mill. M. Versicherungssumme

Normal, durch Tod und Ablauf, erloschen bei der "Victoria" also auch in dieser Periode nur bei 190,7 Millionen Mark = 46,4 Prozent von der Gesamtversicherungssumme.

Bei der "Friedrich Wilhelm" liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. Von 1908 bis 1911 inkl. sind bei derselben Versicherungen erloschen:		
durch Tod	180 245	Policen mit 19,0 Mill. M. Versicherungssumme
" Ablauf	48 861	" " 8,2 " " "
" Rückkauf	1 203	" " 0,3 " " "
" Verfall	589 220	" " 87,8 " " "
" Reduktion und Umwandlung		" 21,0 " " "

Zusammen 714 129 Policen mit 196,3 Mill. M. Versicherungssumme

Normal, durch Tod und Ablauf, erloschen bei der "Friedrich Wilhelm" also nur 173 006 Policen mit 27,2 Millionen Mark Versicherungssumme; 540 323 Policen mit 109,1 Millionen Mark Versicherungssumme dagegen sind anormal verlaufen. Gegenüber der "Friedrich Wilhelm" steht die "Victoria" also sehr günstig da; es ist ihr daher auch nicht zu verargen, daß sie diese Tatsache agitatorisch für sich zu verwerten sucht. In der Januar-Ausgabe ihrer Monatsblätter veröffentlicht sie eine Tabelle über den Abgang von Policen bei verschiedenen Gesellschaften, die auch für die Allgemeinheit Interesse hat, weshalb auch wir aus ihr die wichtigsten Angaben zum Abdruck mitteilen:

Gesellschaften	Gesamt-Abgang	Durch Sterbefälle	Durch Ablauf bei Zeigenden	Durch Aufgabe der Versicherung		
				mit Rückzahlung	ohne Rückzahlung	
Victoria	288 097	31 664	166 575	6248	83 610	29,0
Friedrich Wilhelm	167 711	35 780	14 643	404	116 884	69,69
Firma	62 361	2 868	9 523	110	49 860	79,69
Wilhelma	26 072	1 773	2 017	716	21 566	82,7
Deutschland	11 574	1 882	910	816	8 466	73,1
Urania	19 826	1 283	10 809	164	7 590	38,3
Hamburg-Ramstein	11 220	536	1 786	1079	7 819	69,2
Urania	7 887	475	2 741	161	4 510	57,2
Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein	1 774	976	47	556	195	11,0
Lebens-Versicherungs-Banken	3 704	114	—	—	3 590	96,92
	600 226	77 331	209 051	9754	804 090	80,66

Der vorstehende Tabelle ist eine weitere über die erfolgten Versicherungssummen hinzugefügt, von der wir nachstehend nur die Summe für sämtliche genannte Gesellschaften bringen wollen:

Im Jahre 1911 sind an Versicherungen erloschen:		
durch Tod	13,9	Millionen Mark = 10,55 %
" Ablauf	31,6	" " = 24,0 %
" Rückkauf	19,7	" " = 14,96 %
" Verfall	66,5	" " = 50,49 %

Zusammen... 131,7 Millionen Mark.

Dr. Hans Kobl bringt in seinem Werk eine statistische Zusammenstellung über den Abgang im Volksversicherungsgeschäft im Jahre 1900 für die verschiedenen Gesellschaften. Nach derselben betrug der normale Abgang 7 Millionen Mark, der anormale 52,0 Millionen Mark Versicherungssumme. Vergleichen wir 1900 mit 1911, so muß konstatiert werden, daß in dem letzten Jahrzehnt eine erhebliche Besserung eingetreten ist: im Jahre 1911 betrug bei der Versicherungssumme der normale Verfall 34,55 Prozent, der anormale 65,45 Prozent; ein immerhin noch höchst ungünstiges Verhältnis. Ueber 300 000 — über die Hälfte der in einem Jahre erloschenen Versicherungen — sind im Jahre 1911 ohne Vergütung verfallen. Man bedenke, 300 000 arme Leute waren im Jahre 1911 infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit in der Familie nicht imstande, ihre Prämien weiterzahlen zu können; die Hälfte nicht darüber, ihre Prämien zu zahlen. Die Summe dieser Prämien beträgt 2 A. per Versicherungsnummer, sondern auch die eingezahlten Prämien. Die große Summe ist melder uns leider die Tabelle der "Victoria" nicht.

Der Versicherungsbetrieb ohne Storno (Verfall) ist nun kaum möglich, auch wenn die Gesellschaft, wie wir es tun, sich die allerbestmögliche Mühe gibt, es zu verhindern. — erklärt die „Victoria“ und mit ihr alle anderen Gesellschaften.

Die Gesellschaften dürfen sich; die Vorkaufsrechte werden es als Grenzfälle betrachten, Bestimmungen zu treffen, nach welchen bei ihr der Verfall von Versicherungen ohne Vergütung nur in wenigen Ausnahmefällen möglich ist; sie wird sich nicht an dem Gelde der Armen der Armen bereichern. Wie sie das schmerzliche Problem gelöst hat, wird von uns in einem späteren Artikel ausführlich dargestellt.

## Mitteilungen aus dem Beruf.

**Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der bremischen Gewerbeinspektion.** In den der Gewerbeinspektion unterstellten 76 Anlagen zur Zigarrenfabrikation zählte die bremische Gewerbeinspektion im Jahre 1911 456 Arbeiter; von diesen waren erwachsene männliche Arbeiter 327, Arbeiterinnen über 16 Jahre 122, jugendliche von 14 bis 16 Jahren männliche 5 und weibliche 2. Inmitten der Verhandlungen gegen die Bestimmungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen wurde 1 Fall mit 7 Arbeiterinnen ermittelt; es handelte sich um die ungesetzliche Beschäftigung von Arbeiterinnen an einem Vorabend zum Sonntag, bezw. Festtag. Einer Firma wurde die Erlaubnis erteilt, an drei Sonntagen arbeiten zu lassen; es kommen 8 Arbeiter mit 120 Arbeitsstunden in Frage. In einem Falle wurde der Antrag auf Sonntagsarbeit zurückgewiesen. Der Bericht bezeichnet die Geschäftslage in der Zigarrenindustrie im Jahre 1911 als recht günstig, da sie sich, soweit es sich um die Herstellung besserer Sorten handelt, von dem im letzten Berichte geschilderten Tiefstand langsam erholt habe, hingegen habe der Absatz billiger Sorten noch sehr zu wünschen übrig gelassen.

**sk. Gehört der Gewerbebetrieb der Zigarrenmacher zum Handwerk oder zur Industrie?** (Nachdruck verboten.) Urteil des Landgerichts Oldenburg. Die wesentlichen Merkmale des Fabrikbetriebes, die ihn vom Handwerk unterscheiden, sind nach dem Landmännischen Kommentar zur Gewerbeordnung vier, nämlich 1. die Arbeitsteilung zwischen der vorwiegend kaufmännischen Tätigkeit des Unternehmers und der technischen Tätigkeit der Gehilfen, 2. die Arbeitsteilung unter den Gehilfen, 3. die Konzentration der Arbeit in der gewerblichen Anlage des Unternehmers und 4. ein großer Umfang der Produktion bzw. Arbeitsleistung. Im Anschluß daran hat das Landgericht Oldenburg entschieden, daß der Gewerbebetrieb eines Zigarrenmachers, der ungefähr 20 Arbeiter beschäftigt, zur Industrie zu rechnen sei. Sonach können auch die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben keine Anwendung finden, wenn es sich um einen industriellen Betrieb handelt. Lebrigens kann in dieser Beziehung nach Ansicht des Gerichts für den gegebenen Fall diese Unterscheidung entbehrlich werden, da im Zigarrenmachergewerbe überhaupt keine handwerksmäßige Ausbildung von Lehrlingen stattfindet, und auch schon deshalb der Gewerbebetrieb kein Handwerk ist. Zwar hat die Handwerkskammer des Herzogtums in W. einen Gesellenprüfungsausschuß eingerichtet; sie betrachtet und behandelt die Zigarrenmacherebetriebe in W. als Handwerksbetriebe und verlangt eine handwerksmäßige Ausbildung der Lehrlinge. Jedoch legt sie sich damit in Widerspruch mit den Ansichten und Gepflogenheiten der angrenzenden Kammern in Oldenburg und der Hansestädte, die übereinstimmend eine handwerksmäßige Ausbildung von Lehrlingen im Zigarrenmachergewerbe nicht für erforderlich halten und dieses Gewerbe zur Industrie, nicht zum Handwerk rechnen. Uebrigens teilt diese Ansicht auch der im Bezirke der Handwerkskammer Oldenburg eine Zigarrenfabrik betreibende Sachverständige E. in L. und nach seinem Urteil mit ihm die große Mehrzahl seiner Fachgenossen des Herzogtums. Weiter wird aber auch in Preußen allgemein, nicht nur von der Kammer in Oldenburg, diese Ansicht geteilt werden, da durch preussischen Ministerialerlaß vom 11. Juli 1902 dem Zigarrenmachergewerbe aus dem fraglichen Grunde allgemein die Zugehörigkeit zum Handwerk bestritten worden ist —; zu vergleichen ist übrigens auch die Aufzählung der Handwerke im preussischen Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsorganisation des Handwerks usw. vom August 1896, in der das Zigarrenmachergewerbe fehlt. Sonach rechnen die beteiligten Kreise das Zigarrenmachergewerbe allgemein zur Industrie und sehen die in diesem Gewerbe beschäftigten jungen Gehilfen als jugendliche Arbeiter, nicht als Lehrlinge an, mit denen ein Lehrvertrag geschlossen werden mußte. Sonach sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Lehrlingsverträge usw. nicht anzuwenden; darum wurde in dem Prozesse, der obiger Entscheidung zugrunde lag, der Antrag, der der Verletzung der eben genannten gewerberechtlichen Vorschriften beschuldigt worden war, freigesprochen. (Vergleiche Gewerbebericht Bd. 12, S. 141 ff.)

**Der Trust in der Zigarrenindustrie.** Wenn es wahr ist, was der Hamburger „Börsen-Courier“ berichtet, so ist nunmehr der englisch-amerikanische Tabaktrust auch in die deutsche Zigarrenindustrie eingedrungen. Das Blatt meldet nämlich, daß der Trust eine 800 Arbeiter beschäftigende Hamburger Zigarrenfirma angekauft hat.

**Betriebsgewinn.** Die Adlerloma pagnie A. G. Zigarettenfabrik in Dresden hat im Jahre 1912 bei einem Aktienkapital von 700 000 M. nach Abschreibungen von 15 Prozent einen Reingewinn von 121 603,21 M. erzielt. Ein „Entbehrenslohn“ für die armen Aktionäre, der sich leben lassen kann. Nicht so gut ist es der Aktionärschaft J. o. H. P. J. a. n. g. e. r, Zigarrenfabrikanten in Karlsruhe, ergangen; sie hat zwar einen Bruttoüberschuß von 75 204,07 Mark im vorigen Jahre erzielt, aber für Unkosten sind 105 239,31 M. aufgewendet worden, so daß danach ein Verlust von 30 035,24 M. verzeichnet wird.

**Aus der Schweiz.** Das Organisationsverhältnis der schweizerischen Tabakarbeiter bedarf noch dringend der Besserung. Dem Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, in welchem auch die Tabakarbeiter organisiert sind, gehörten am Schlusse des Jahres 1912 905 Ta-

balakarbeiter und Arbeiterinnen an. In der Schweiz werden 9—10 000 Tabakarbeiter beschäftigt. Trotz des schlechten Organisationsverhältnisses sind doch in einigen Orten beachtenswerte Lohnaufbesserungen erreicht worden.

## Bewegungen im Beruf.

**Kopenhagen.** Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gekündigt worden. Vor Zugang nach Dänemark wird streng gemahnt.

**Amsterdam.** Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gortchem zur Arbeitsentstellung kam. Die bereitwilligen Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter. Vor Zugang nach Holland wird streng gemahnt.

**Torgau (Prov. Sachsen.)** Die Firma R. Platt bewilligte 50 % pro Mille und bei einer Sorte 1 M. pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr 8,50 M. pro Mille bei freier Zurichtung.

**Uktenommern (Prov. Sachsen.)** Die Bewegung bei der Firma: „Wirtschaftliche Genossenschaft für Tabak- und Zigarrenfabrikate“ endete damit, daß den Zigarrenmachern, die die Decke mit der Rippe aufgesetzt erhalten, eine Lohnzulage von 50 % pro Mille bewilligt wurde bei Anerkennung eines Minimallohnes von 9 M. pro Mille. Der Lohn der im Tageslohn beschäftigten Zurichterrinnen wurde von 1,20 M. auf 1,50 M. und der Akkordlohn für Abripperinnen von 5 % auf 7 1/2 % pro Pfund erhöht. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Triebes (N. L.)** Die Bewegung bei den Firmen Otto Klähn und Frau L. Künzel nahm einen guten Verlauf. Beide Firmen erhöhten den Minimallohn von 8,50 M. auf 9,00 M. pro Mille bei Beförderung mit der Rippe aufgesetzter Decke, feuchtem Umblatt und fertiger Einlage. Die hierbei gemachten Lohnzulagen betragen 50 % bis 1,50 M. pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 60 Stunden auf 56 Stunden reduziert.

**Saarn bei Rülheim (Provinz Rheinland.)** Die Differenzen bei der Firma Rosendahl u. Helten sind zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Die Firma beabsichtigte, die eingegangene Verpflichtung zu lösen, wonach bei Verarbeitung von Sandblatt ein Lohnzuschlag von 25 % pro Mille gezahlt wurde. Nach dem gemeinsamen Widerstande, den die Arbeiter leisteten, erklärte sich die Firma bereit, den Lohnzuschlag von 25 % pro Mille weiter zu zahlen.

**Berlin.** Die Firma D. Bornkessel, Berlin NW., Waldstr. 39, hat die tariflichen Ermäßigungen, welche mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband getroffen worden waren, durchbrochen. Der Minimallohn wird nicht gezahlt. Die Fabrik ist deswegen gesperrt.

**Hamburg.** Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

## Achtung, Arbeitsbrüder! Streik in Crefeld!

Seit acht Wochen stehen in Crefeld 2300 Färbearbeiter im Streik, um sich eine bessere Existenz zu erkämpfen. Die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse reichen nicht aus, um die Differenzen friedlich beizulegen. Die „Christenführer“ haben den Streikbruch proklamiert und treiben ihre Leute in die Betriebe. Doch ein großer Teil derselben hat diesen „Auch“-Arbeitervertretern die Gefolgschaft verweigert und kämpft mit den freigeorganierten Arbeitern weiter. Die Polizei ist rege in Tätigkeit, um die nützlichsten Elemente zu beschützen. Etwa 300 „Einzelbrüder“ sind als Streikbrecher herangezogen worden. Da diese noch nicht ausreichen, haben die Arbeitgeber Agenten in alle Teile Deutschlands geschickt, um Arbeitswillige zu werben. Dies ist ihnen auch schon in mehreren Fällen gelungen. Ja, sogar organisierte Arbeiter (vor allem Fabrikarbeiter) sind darauf herangezogen und sind durch diese Agenten nach hier geschleppt worden.

Wir machen daher an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam und ersuchen alle Arbeiter, sich unter keinen Umständen von irgend einem Agenten anwerben zu lassen und nach Crefeld zu kommen.

**Arbeiter, tut euren kämpfenden Arbeitsbrüdern gegenüber Solidarität!** Der Streik ist noch nicht beendet.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Die ausländische Presse wird um Nachdruck gebeten!

## Eingefandt.

Wenn man die vielen Eingefandts über den § 9 des Statuts liest, kommt man zu allerhand Mutmaßungen über das Kritizieren des Vorstandes oder des Ausschusses. Hier kommt doch nur in erster Linie die Existenz des Verbandes in Betracht. Die Frage ist in erster Linie die: Wozu ist der Verband geschaffen? Nur um die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, um der Ausbeutung entgegenzutreten zu können! Ferner, um unsere Arbeitskollegen, die auf die Wandererschaft gehen müssen, zu unterstützen, damit sie nicht gezwungen sind, als Lohnsträcker jede Arbeit anzunehmen und womöglich andere Kollegen durch Billigerarbeiten zu verdrängen, wie es manchmal in der Vorlage vorkommt. Es ist eben der Kampf ums Dasein. Der Verband ist auch da, um Unterstützung in wirtschaftlicher Beziehung zu fordern, damit bezahltes nicht vorwiegend unter den Kollegen, damit diese ihre Lage auch erkennen. Der Verband soll daher eine Kampforganisation sein! Daher bin ich immer gegen die vielen Unterstufungsformen gewesen. Ich habe immer nur Anträge auf der Generalversammlung in Brandenburg a. S. — Arbeiterkammern — Halberstadt und Korbach vorgetragen. Aber die Lage unserer Branche bedingt es, Unterstufungsformen einzuführen. Wir wollen damit die Differenzen und wachsenden Kämpfen zu unserer Organisation herangehen. Es ist aber

schwierig nicht genügend erzielt worden. Es war daher notwendig, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Ich bin ja der Meinung, daß der heutige kapitalistische Staat, daß die heutige Produktionsweise, das System, welches die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zuläßt, schuld ist an den Kräfte und der resultierenden Arbeitslosigkeit. Demnach wäre der Staat und seine Gesetzgebung verpflichtet, die Arbeitslosenunterstützung über das ganze Reich — natürlich nach unseren Einrichtungen und in unserem Sinne — einzuführen.

Nun hat der Kollege Trippensee zwei Artikel eingefandt, aus welchen hervorgeht, daß der § 9 es ihm angetan hat. Dieser Kollege Trippensee! Die Eingefandts lassen etwas Egoistisches erblicken. Man schreibt und denkt: Semper aliquid haeret — es bleibt immer etwas hängen. Denn, lieber Kollege! Aussehen ist doch niemals eine Arbeitslosigkeit! Es muß klar und bestimmt in § 9 des Statuts ausgedrückt werden, daß nur bei wirklicher Arbeitslosigkeit, also bei Entlassung aus der Arbeit, Unterstützung gezahlt wird. Wohin sollte das führen, wenn der Verband bei Auslösung der Arbeit Unterstützung zahlen sollte? Was allerdings durch die Verfügung geschehen ist. Kein vernünftiger Mensch konnte glauben, daß der Verband das leisten kann. Ich bin auch gegenwärtiger Meinung als mein Kollege Trippensee, der ebenfalls Aussehen als Arbeitslosigkeit erklärt. Der Buchdruckerverband hat das schon gehabt, und hat das Dilemma, trotzdem er sich finanziell eine solche Unterstützung leisten konnte, wieder abgelehnt, weil er hohe Erfahrungen gemacht hatte. Die Buchdruckermeister haben sich gefaßt, der Verband bezahlt ja, was sonst der Meister — wenn er Arbeitskräfte behalten wollte — selbst bezahlen mußte. Und so steht es ganz genau bei uns. Die Verfügung des Vorstandes mußte, trotzdem er es gut damit meinte, gar nicht erlassen werden, dann wäre die ganze Auseinandersetzung nicht gekommen.

Was sagt aber die Verfügung des Vorstandes? Wer länger als 6 Tage aussetzen muß, erhält Unterstützung! Nun ist aber in vielen Fällen 3 und 4 Tage ausgesetzt worden! War das richtig, Kollege Trippensee? Warum bist du gar nicht darauf eingegangen? Was hast du denn bei euch in Neubamm, nach Aussage deiner eigenen Kollegen, gemacht? Ihr habt euch ganz einfach die Feiertage mit eingerechnet, damit 7 Tage herauskommen, und habt Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Da kommt doch wahrhaftig nicht die Lebensart in Betracht. Wir haben nicht so viel Verdienst usw., daß wir darauf verzichten können! Das sind Zufälle! Wir haben der Sache zu dienen. Dann, nachdem es von hier aus gerügt wurde, wie du wohl wissen wirst und vom Vorstand bekannt gemacht wurde, daß es aus der Abrechnung nicht ersichtlich war, daß aber die Unterstützung zurückgezahlt werden muß, hast du geschwiegen. Warum?

Es wäre traurig, wenn es so weitergehen sollte, denn sicher wären es 100 000 M., die gezahlt werden müßten. Ich meine, Kollege Trippensee, die Rechnung, die du verabsichtigt, stimmt einfach nicht mit der Wirklichkeit überein. Uebrigens sollte man unseren Gegnern kein Material verschaffen, und solche Artikel veröffentlichen, wo es gar nicht notwendig war. Man soll doch alles bedenken. Gewiß, Kollege Trippensee! Jeder soll seine Meinung frei zum Ausdruck bringen, aber man laßt sich auch Beschränkungen auferlegen und eine Grenze ziehen, ohne daß man deshalb mit seiner Meinung hinter dem Berge zu halten braucht. Schließlich kommt es auf das an, was uns zum Ziele führt. Du siehst ja ohnehin, wie „geistig“ veranlagt die „mehreren Zehntausende“ sind. Es ist gut, daß der Verbandstag kommt, um alles im Interesse der Gesamtorganisation zu regeln. Doch die Organisation! sei unsere Parole.

Frankfurt a. D.

## Eingefandt.

Sind unsere Unterstützungsanstaltungen reformbedürftig?

Was mich veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben, ist der Artikel „Arbeitslosenunterstützung“ in Nr. 15 des Tabak-Arbeiter. Zunächst einige allgemeine Worte über die Lage in unserem Berufe. Diese sieht allerdings sehr wenig rosig aus. Von allen Seiten wird große Klage geführt über Arbeitsmangel. Ist diese schlechte Konjunktur auch noch ein „Erfolg“ der Wertpapierwirtschaft? So sind doch auch noch andere Momente für diese Tatsache ausschlaggebend. Mehr und mehr haben sich die Fabrikanten veranlaßt gesehen, das Material zu den Zigarren zu verschlechtern, sei es durch Verabreichung von Stümpfen, Verwendung von Umblatt als Deckblatt, oder was sonst ein fälschliches Fabrikantenstück zu erkennen vermag. Viele Käufer wenden sich aus diesem Grunde mehr der Zigarrete zu, weshalb die Zigarrete langsam aber sicher zurückgedrängt wird. Doch noch ein dazwischen verweisen werden! Das ist die Teuerung, wie sie im letzten Jahre eingetreten hat und von der leider nicht zu erwarten ist, daß sie in absehbarer Zeit wieder verschwindet. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß, da alles teurer geworden ist, dieöhne aber in dem Maße nicht gestiegen sind, man die Anschaffung jedes Gurggegenstandes zurücksetzt; und dazu gehört doch vor allem die Zigarrete. Deshalb glaube ich nicht sehr zu gehen in der Annahme, daß unsere Lage, so wie sie zurzeit ist, als normal zu betrachten ist; d. h. also, die Zahl der Arbeitslosen wird sich auf lange Zeit nicht verringern, die Industrie wird nicht mehr in der Lage sein, allen in ihr beschäftigten Arbeitern Unterhalt zu gewähren; und die Konsequenz davon ist, daß eine große Anzahl Arbeiter aus der Zigarrenbranche verdrängt wird. Diese Umstände sind natürlich für unsern Verband von einschneidender Bedeutung, woraus sich für den Verband die Folge ergibt, daß von der Arbeitslosenunterstützung im weitgehendsten Maße Gebrauch gemacht wird. Dieses veranlaßt mich wohl anzufragen: die teilweise recht heftig geführten Diskussionen betreffs des § 9 in unserer Zeitung. Und da möchte ich einmal die Frage aufwerfen: Wozu ist denn eigentlich der Verband da? Soll derselbe nur dazu dienen, den Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit oder sonstigen Notfällen hilfreich unter die Arme zu greifen? Oder wollen wir durch unsere Beitragsleistung erreichen, einen Fonds anzulegen, der uns bei wirtschaftlichen Kämpfen ermächtigt, mit Erfolg in Lohnbewegungen einzutreten zu können.

Wer da aber sagen will, der Verband dient lediglich den Unterstützungen der Mitglieder, die Besserstellung ist Nebenbedeutend, der hat überhaupt nicht begriffen, warum wir den Verband haben und wozu er dienen und Zielen er dienen soll. Es ist ja nur zu begreiflich, daß wir uns in Zeiten der Not an den Verband anklammern, aber ist es deshalb berechtigt, mehr aus denselben herauszuholen, als wir hineingegeben haben? Sehen wir uns einmal jede bürgerliche Einrichtung ähnlicher Art an, sei es Versicherung oder Krankenkasse oder dergleichen, können die mehr leisten als das, was hineingegeben worden ist? O nein! Im Gegenteil, die wollen doch, wenn irgend möglich, noch Profite dabei machen. „Wir wollen keinen Profit, wir wollen nur, was uns statutenmäßig zusteht“, wird die Antwort lauten. Sehr gut, aber zahlen wir auch einen dementsprechenden Beitrag, daß wir das verlangen können? Hier liegt also der Knüttel beim Hund. Sehen wir uns einmal unsere Unterstützungsanstaltungen an.

Nach siebenjähriger Mitgliedschaft habe ich in der höchsten Klasse folgendes eingezahlt:

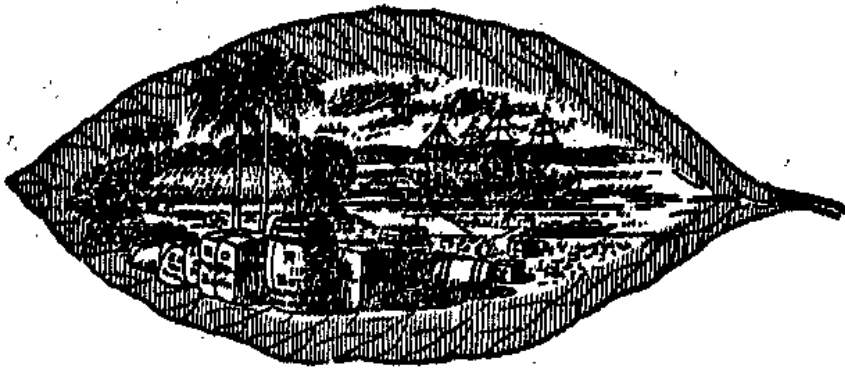
7 x 52 Wochen = 364 x 1,20 M. = 432 M.;  
nun werde ich arbeitslos, beziehe 12 Wochen Arbeitslosenunterstützung — nachdem ich einige Wochen wieder gearbeitet, werde ich krank, kann also noch 26 Wochen Krankenunterstützung beziehen. Das wären also:  
Arbeitslosenunterstützung . . . 12 Wochen a 15.— M. = 180.— M.  
Krankenunterstützung . . . 26 Wochen a 14,70 M. = 382,20 M.

in Summa 662,20 M.  
So habe ich also jetzt schon 220,20 M. mehr erhalten, als ich hineingegeben habe. Greibt es noch gar nicht in Betracht, als ob ich nicht auch schon in den Vorjahren Unterstützung erhalten habe. Daß dieser Fall vorwiegend, wird wohl keiner bestreuen wollen; ich glaube sogar, es ist keine Seltenheit. Dieses Beispiel zeigt mir zu deutlich, daß wir so nicht weiter wirtschaften können. Ich bin selbst weit davon entfernt, den Verband ausschließliche als Sparkasse für künftige Kämpfe anzusehen; aber das eine solche Unterstützungsanstaltung, wie die jetzige, unzulänglich ist, liegt für mich auf der Hand. Wie können wir nun zu einer Sanierung unserer Verbandssituation kommen? Eine Beitragsbefreiung in solchem Maße einzutreten zu lassen, um den Beitrag mit den Unterstützungen in Einklang zu bringen, würde wohl bei den Mitgliedern auf heftigen Widerstand stoßen. Das Beste würde sein, die Unterstützungen so zu normieren, daß es uns ermöglicht wird, einen Fonds anzulegen



# ROBERT OEHLER

ROHTABAK-  
HANDLUNG



BERLIN SO. 26  
NR 2 COTTBUSER NR 2  
STRASSE NR 2

**Achtung!**

**Ausnahme-Angebot!**

**Sumatra-Decken**

helle Farben aus alter und neuer Ernte von 210 Pfennig ab verzollt

**Vorstenlanden-Decken**

in ganz hellen Farben, Rechts- und Linksroller von 210 Pfennig ab verzollt

Ausserdem allbekannt grösstes und wohlfeilstes Angebot in Roh-  
tabaken aller Art laut soeben erschenener Preisliste

LISTE  
UBER GEBRAUCHTE  
WICKEL-  
FORMEN

# 203

ERHALTEN SIE KOSTENLOS  
DURCH

**L. COHN & CO.**

BERLIN  
24 BRUNNENSTR. 24

**W. Hermann Müller**

Berlin, Magazinstr. 14.

Neu eingetroffen! Neu eingetroffen!

**Krian** Vorstenlanden Kehrdecker No. 7316  
l. Länge Vollblatt, helle stumpfe Far-  
ben per Pfund Mark 3.50 verzollt.

**Tingi** Bezoeki-Umblatt No. 7294, fl. Quall-  
ität, l. Länge per Pfund Mark 1.65  
verzollt.

Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!

Serner empfehle

**Gebrauchte Formen**  
in sehr vorteilhaften Facons je nach  
Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an

Bemusterte Offerte sofort  
gratis und franko

Für stenilien Musterzimmer u. Verkaufslager in Hamburg:  
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

**H. Edling**

Bremen, Fernspr. 5482  
— anerkannt reelle, billige —  
Bezugsquelle sämtlicher Tabake  
empfehle

Sumatra-Decker (schneeweiße  
Brand) 180, 200, 220, 240, 250,  
260, 280, 300, 310, 320, 340,  
400, 420, 450, 500

Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140,  
150, 160, 170, 180, 190, 200,  
210, 220, 230, 240, 250

Java-Decker (hell) 270, 280, 300,  
350, (mittel) 200, 230, 240,  
250

Java-Umblatt (leicht, Koffbrement)  
120, 125, 130, 140, 150, 160, 170

Java-Einlage 95, 100, 105, 110,  
115

Vorstenland-Decker 180, 200, 220,  
240, 260, 270, 300, 320, 350

Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,  
230, 240

Brasil-Einlage u. Umblatt 120,  
125, 130, 135, 140, 150, 160,  
170

Geschnittene Einlage 110  
Carmen-Umblatt 105, 110, 120,  
130, allerfeinstes Umblatt 140

Domingo (sehr leicht) 100, 105,  
110, 120, 130  
Seedleaf 110, 120  
Zosgat (Blattig) 95, 100  
Original-Drückung 105, 110, 120  
Havanna 150, 200, 250, 300, 400  
Decker 650  
Tara-Cuba (amer) 180, 200, 250

**Hermeking & Boy**

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Aus-  
wahl, mittel- und hellfarb. Voll-  
blatt, 2. und 3. Rängen à 250  
bis 500, hell ff. 600

Vorstenlanden-Decke, dunkel,  
bester Mexiko-Gras, à 260  
helle Kehrbede à 300-400  
Java-Einlagen à 110-125  
Java-Aufarbeiter à 130-145  
Java-Umblatt à 150-190  
Mexiko-Decke ff. 450  
Brasil à 150-190, Decke à 350  
Havanna à 350, Cuba à 200  
Domingo à 120-170  
Carmen à 120-155  
Uckermärker Ia. à 105  
Losgat Blattware, à 105 & m. Dec-  
blatt-Ramponagen à 125

Wickelformen, gebrauchte, gut er-  
haltene Schiffs-Abbrüche gratis  
und franko.

Pressen zu 12 Formen, oben u. unten  
verschraubt, Holzfuß u.  
Holzdruckplatte in sehr starker Aus-  
führung, Leichte Kräger, 10  
längst 11 m. nur

Presskasten, Bündelbäcke, Roll-  
bretter, Arbeitsmesser, Lack,  
Papier, Band, Ringe, Etiketten,  
Gummi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische,  
Pressen, Rahmen, Siebe,  
Zusatzpreise per Pfund verzollt  
inkl. Verzoll. Versand unter  
Nachnahme mit 3% Skonto.  
Verlangen Sie Preisverzeichnis.

Offertiere div. hundert Zentner

**gemischte fertige Zigarreneinlage**

pro Pfund 95, bei Abnahme von 100 Pfund 90. — M. Franko  
Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 Zigarren. Zu Preisliste gratis  
und franko. Versand nur unter Nachnahme. [15]

**Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.**  
Bestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

**Rohtabakgeschäft Otto Brandes**

BREMEN, Westerstrasse 96

Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zi-  
garrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder  
Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

**Jacob Hirsch jr. Carl Roland, Berlin SO.**

Mannheim B 1, 9. [10]

Alle Sorten in- u. ausländi-  
scher Tabake zu billigsten  
Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-  
steuer. Post-Versand per Nach-  
nahme. Ziel nach Ueberkunft  
bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Kottbuserstrasse 4. [5]

**Sumatra - Stückblatt**

große 2. Blattlänge, sehr viel helle  
Farben enthaltend, blütenweiße  
Brand, vorteilhaft deckend, pro  
Pfund nur M. 2.—

**Kolleginnen und Kollegen! Rüstet zur Maifeier!**



# H Zusammenstellung der neuen Einkäufe F

in den März- und April-Einrichtungen dieses Jahres

## Sumatra-Decken:

No. 1882. Pflückblatt, 2. Länge Lochblatt, sehr blattig, sehr hell, deckfähig .....	M. <sup>verzollt</sup> 3.20	No. 1891. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und fahl, riesig deckfähig, etwas bunt durchlaufend.....	M. <sup>verzollt</sup> 6.50
No. 1883. Sandblatt, Padang Brahrang, Vollblatt 3. Länge, matt reinfarbig, schön.....	M. 3.60	No. 1863. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, graufahl, edel, sehr deckfähig .....	M. 7.-
No. 1885. Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, riesig blattig, matt hell, reinfarbig .....	M. 4.75	No. 1868. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, prachtvoll matt und reinfarbig .....	M. 8.-
No. 1886. Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, hellmatt, schöne Farben, Padang Brahrang.....	M. 4.80	No. 1867. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hochfeine matte Farben .....	M. 9.50
No. 1887. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, schöne Farben, sehr deckfähig .....	M. 5.-	No. 1866. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, feinste Art .....	M. 10.-
No. 1888. Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und reinfarbig, riesig deckfähig .....	M. 5.50	No. 1862. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben .....	M. 12.-
No. 1889. Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, matt, reinfarbig, sehr deckfähig .....	M. 5.75	No. 1861. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, weissfahl, wunderschöne Farben.....	M. 16.-
No. 1864. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, lebhaft hell, vielfach hellfahl .....	M. 5.80	No. 1865. Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben.....	M. 18.-
No. 1890. Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, zart, mattfahl, sehr deckfähig .....	M. 6.10	No. 1860. Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, weissgrau fahl, das denkbar schönste.....	M. 24.-

## Borneo-Deck:

No. 1869. Vollblatt 2. Länge, hellmatt, reine Farben, wenig eleganter Spickel, deckfähig, verzollt .....	M. 7.50
--	---------

## Voritenlanden-Decken:

No. 1877. Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, heller Linksroller, sehr deckfähig .....	M. <sup>verzollt</sup> 2.60	No. 1876. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, schwarz und mausgrau, duft .....	M. <sup>verzollt</sup> 4.50
No. 1875. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, mausgraue Farben .....	M. 3.50	No. 1872. Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, fahl, reine edle Farben .....	M. 5.-
No. 1874. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, matt, vielfach dunkel .....	M. 3.80	No. 1871. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, hellmatt, riesig deckfähig .....	M. 5.20
No. 1873. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hell und matt, sehr deckfähig .....	M. 3.80	No. 1870. Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, zart, ausserordentlich deckfähig .....	M. 5.80

## Java-Bezoeli-Aufarbeiter:

No. 1878. Loros. Blattige 4. Länge .....	M. <sup>verzollt</sup> 1.25	No. 1880. Loros. Blattige 2. Länge .....	M. <sup>verzollt</sup> 1.40
No. 1879. Loros. Blattige 3. Länge .....	M. <sup>verzollt</sup> 1.30	No. 1881. Loros. Blattige 1. Länge .....	M. <sup>verzollt</sup> 1.50

Decken Sie jetzt Ihren Bedarf!

# Heinrich Franck

Berlin N. 54  
Brunnen-Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4353

## J. H. Koopmann, Bremen

Versprecher 3946 Neustadtswall 36 Versprecher 3948  
empfeht in bester Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Sollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500	Mexiko-Decker (Anbrus) 300, 350, 400
Sumatra-Umblatt, Sollblatt, 155, 180	Havana 200, 250, 300, 400
Java-Decker bundel 220, 240, 260, 280, 300, 320	Yara-Cuba 200, 220, feine Qualität
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150
Java-Einlage 95, mit Umbl. 110, 150, 180	Garmen-Umbl. 100, 110, 125, 130
Voritenland-Decker 260, 275, 300, 320	Domingo-Umbl. 110, 120, 130
Brasil-Decker 175, 200, 210	Domingo-Einlage um Umblatt 100
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. stark 125, 130, 140, 150, 160	Rio-Grande-Decker 120, 130

**Bildformen** neu und gebraucht in allen Fassungen von 50-150  
schöne, schmelzartige Formengrenzen mit glanzvoller, besonderer  
Sichtbarkeit, für 10 bis 12 Formen, pro Satz 7.50 M. Gesamt-  
preis, alleinst. Ware, größte Auswahl, per Pfd. 2.50 M. Zigarren-  
form, pro 50 Stein-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130  
Kunst-Edelstein, grau und schwarz, pro 100 Stein-Rolle 1.50 M.

### Geldnot

ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am richtigsten Geld. In dem Kleinmengenhandel erhalten Sie von

**Millionären**

Wesenden, kleineren, Dokoren nur wenig getragene reinwollene, vielfach auf Selde gearbeitete Sachen. Sie kaufen recht und billig nur bei

**M. Diamond, München**  
Buttermelcherstrasse 5

Bestellen Sie noch heute eine Verlässlichkeit mittels Katalog 38, welcher Ihnen gratis und franco zu Diensten steht. Alle bedeutenden Vorteile, welche Ihnen bieten, werden Sie dann selbst erkennen.

Kaffe-Anzüge, 1- und 2-reihig	vor M. 10-40
Schwalbenschwanz-Anzüge	7-35
Sehrad-Anzüge, schwarz und Regenfarben	10-40
Strick- und Smoking-Anzüge	10-45
Streiche-Hosen und Sätze	3-10
Roben engl. Muster, 1- und 2-reihig	6-30
Frühjahrs-Regenmäntel	4-18
Gummihüllen in allen Farben	14-30
Stadt-Regen	60-200

Größe Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu stappend billigen Preisen.

Kunde angeschlossen, da für nichtbenutzte Waren antwortlich bis 60 Tage zurückgeben oder auf Wunsch umgetauscht wird.

Der Versand nur per Nachnahme.

**Druckerei Schmalfeldt & Co., Bremen**

In Württemberg ist  
**schönes zweistöckiges Wohnhaus mit Zigarrenfabrikations-Geschäft**  
besonderer Verhältnisse halber billig zu verkaufen. Käufer könnte evtl. die Postannahmestelle, die 600 M. einbringt und leicht zu bedienen ist, mit übernehmen. Schöne gesunde Lage, 6 Ar Garten. Zur Übernahme sind 8-10,000 M. erforderlich. Schöne Gelegenheiten für strebsamen Zigarrenmacher oder Meister. Anfragen zur Weiterbeförderung unter P. G. 49 an die Exped. d. Ztg. erbeten.



**Gelebene Zigarren-Arbeiter**  
bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

**Robtabak-Handlung**  
**Hengfoss & Maak**  
Altona-Ottensen  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstraße 25.

Um die Adresse des Zigarrenpfeifers Hermann Walter bitten die Firma Wm. Estler, Cottbus.